

**AUSZAHLUNG NACH BEOBACHTER-RECHERCHE**

# Geld für Bührle-Opfer

🕒 Lesezeit: 1 Minute

Acht Millionen Franken will die Stadt Zürich an 320 Opfer von Zwangsmassnahmen auszahlen.



Emil G. Bührle mit seiner Kunstsammlung, die im Kunsthaus Zürich zu sehen ist.

Bild: Dmitri Kessel/The LIFE Picture Collection/Shutterstock

Von **Yves Demuth**

Veröffentlicht am 13. Oktober 2022 - 06:09 Uhr

**D**ie Beobachter-Recherche zur Zwangsarbeit für Emil Bührle hat Folgen: Die Stadt Zürich will Millionen an die Opfer ihrer damaligen Sozialpolitik auszahlen.

Nach dem Artikel über die «Versorgten» des Bührle-Fabrikheims hat die Zürcher SP-Stadtparlamentarierin Christine Seidler per Vorstoss eine Aufarbeitung gefordert. Darauf entschied die Stadtregierung: Jedes Zürcher Opfer von Zwangsarbeit oder anderen Zwangsmassnahmen soll 25'000 Franken erhalten.

«Die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 sind eines der dunkelsten Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte», schreibt der Zürcher Stadtrat. Alle, denen die Behörden der Stadt Zürich in diesem Zusammenhang Unrecht angetan haben, sollen die Zahlung erhalten. Der «kommunale Solidaritätsbeitrag» ergänzt die Einmalzahlungen des Bundes in gleicher Höhe.

Das Zürcher Stadtparlament soll nun eine Verordnung dazu erlassen. Die Stadt rechnet mit einer Ausschüttung von rund acht Millionen Franken an 320 betroffene Frauen und Männer.

«Der Entscheid der Stadt Zürich freut mich besonders für die Betroffenen sehr», sagt SP-Politikerin Seidler. Sie machte hinter den Kulissen erheblich Druck auf die Stadtregierung. «Die Betroffenen sind mittlerweile sehr alt. Ich sagte der Stadt Zürich, dass es wirklich eilt mit einer finanziellen Zahlung.» Seidler hofft, dass auch weitere Städte ihren Zwangsarbeitsoffern eine Geldsumme zusprechen. «Das muss der Anfang einer gesamtschweizerischen Entwicklung und Aufarbeitung sein.»



**AKTE BÜHRLE**  
**Zwangsarbeit in der Spinnerei**

---

## «Gemeinden in der Pflicht»

Der Zürcher alt Regierungsrat Markus Notter war Präsident der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgungen. Er sagt: «Der ‹kommunale Solidaritätsbeitrag› Zürichs muss den Gemeinden einen Anstoss geben, ihren eigenen Betroffenen ebenfalls Geldbeiträge zuzusprechen. Der Gemeindeverband und der Städteverband sollten sich verpflichten, das Thema gesamtschweizerisch anzugehen.»

Andere Gemeinden sollten ihre Rolle bei den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ebenfalls aufarbeiten und dafür die Verantwortung übernehmen.

Beim Städteverband heisst es, das sei Sache der einzelnen Städte. Gemeindeverbandspräsident Hannes Germann sagt, wenn jemand auf den Verband zukomme, würde man das prüfen. Unbestritten sei, dass grosses Unrecht geschehen sei.

Lesen Sie auch



### EIN WEITERES DUNKLES KAPITEL DER SCHWEIZER GESCHICHTE

## Zwangsarbeit für Emil Bührle

In der Nachkriegszeit mussten Hunderte Mädchen gegen ihren Willen in einer Toggenburger Fabrik des damals reichsten Schweizers, Emil G. Bührle, arbeiten. Das zeigen jetzt erstmals



### AKTE BÜHRLE

## Be+ Zwangsarbeit in der Spinnerei

Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten Hunderte Mädchen in einer Fabrik des Industriellen Emil Bührle arbeiten. Fürsorgeämter zwangen sie dazu. Eine unrühmliche Rolle spielte die Stadt Zürich. **Mehr**



### UMFASSENDE STUDIE GEPLANT

## Zürich will Zwangsarbeit für Bührle aufarbeiten

Die Zürcher Stadtregierung will mit einer Studie das Gebaren der eigenen Behörden erforschen. Auch die St. Galler Regierung muss sich zu Bührle äussern. **Mehr**

Recherchen des Beobachters.

[Mehr](#)

### **Der Beobachter-Newsletter – Wissen was wichtig ist.**

Das Neuste aus unserem Heft und hilfreiche Ratgeber-Artikel für den Alltag – die wichtigsten Beobachter-Inhalte aus Print und Digital.

Jeden Mittwoch und Sonntag in Ihrer Mailbox.

**Jetzt gratis abonnieren** 

### **Themen per E-Mail folgen**

#Behörden

 Folgen

#Geld

 Folgen

#Geschichte

 Folgen

